

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1917.
Verleger: Kurt Norden 1907 und 1908.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1917.
Verleger: Kurt Norden 1907 und 1908.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für S.-ab-Berlin monatlich 3 M., h. Zustellung unter Streifenband 4 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühren erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 3 M.

Inserate kosten bis Nebenspalten 10 Millimeterzeile ober deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszulage 20 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszulage fort. Inserate für die Morgen-Ausgabe müssen bis 3 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Sonnabend, den 7. Dezember 1918

Nummer 41

Gegenrevolutionäre Putschversuche.

Maschinengewehre gegen friedliche Demonstranten. — Verhaftung des Vollzugsrats. — Besetzung der „Roten Fahne“.

Gefindel!

Seit Tagen hatten sich alle Kloaken der Großstadt geöffnet und eine Schlammflut von Verleumdungen höchster Art, von niedrigsten Schandereien gegen die Träger der Revolution ergießt sich über die Stadt.

Schlagt die Juden tot! Tötet Diebknacht! So Hebi's an allen Anschlagäulen, steht es auf hunderten tausenden Flugzetteln.

Die bürgerliche Presse hat ihrerseits alles dazu beigegeben, die Stimmung zu vergiften. Ihre Sprache wird immer frecher; falsche Alarmanmeldungen erzeugen eine künstliche Nervosität. Die Führer der Revolution werden in den allergeringsten Dingen bezichtigt. Das Gefindel, das noch vor jeder Revolution gekrochen ist, das während des Besetzungszustandes schreit, gefaselt, geschrieben hat, was von oben befohlen worden ist, das gebraucht heute die Freiheit, die wir ihnen gegeben haben, um alle Instinkte der Gemeinheit und Verrätherlichkeit gegen uns zu entfesseln!

Nun sind die Folgen da!

Auf wehrlose Demonstranten, die in friedlichem Zuge für die Aufnahme eines der Ihren in den Soldatenrat manifestieren wollten, schiessen plötzlich und ohne Veranlassung Soldaten mit Maschinengewehren und Ketten und verwunden eine ganze Anzahl.

Ohne Veranlassung! Aber sie wußten, daß die Leute aus einer Spartakusversammlung kamen, und gegen solche ist doch alles erlaubt! Sagt man ihnen denn nicht unaufhörlich, daß Spartakusleute der Abschaum der Menschheit seien? Geht nicht ununterbrochen die ganze Presse vom „Vorwärts“ über die liberalen bis zu den alldeutschen Zeitungen Tag für Tag gegen Liebknecht und seine Anhänger? Wird nicht unaufhörlich in anonymen Zetteln der Kopf Liebknechts verlangt? Das ist der Grund zu der Ermordung der Unschuldigen; diese Leute tragen in erster Linie die Verantwortung, gegen dieses Gefindel muß alles, was zur Revolution hält, sich zur Wehr setzen und ihnen ihr schändliches Handwerk legen.

Schuld sind aber auch diejenigen, die die Soldaten auf die Straße beordert haben, die Militärbehörden Berlins. Die Versammlungsteilnehmer hatten einen friedlichen Umzug im Sinn, genau so wie tags vorher die Demonstranten für Ebert. Es lag gar kein Grund vor, die Massen in die Seitenstraßen zu drängen und unnütze Abwehrkämpfe vorzunehmen. Vor allem aber ist es unverantwortlich, Soldaten hinauszuschicken, deren Führer offenbar ohne jede Überlegung und Besonnenheit, wenn nicht in böser Absicht handelten.

Wir fordern eine rücksichtslose, schnelle Untersuchung und exemplarische Bestrafung der Schuldigen, aller Schuldigen!

Zugleich mit der ruchlosen Schieberei in der Chausseestraße spielten sich in anderen Teilen Berlins skandalöse Vorfälle ab, die auf gegenrevolutionäre Machinationen hindeuten.

Vor dem Reichskanzlergebäude demonstrierten eine große Anzahl bewaffneter Soldaten. Ein gewisser Spiro hält die schon gewohnte Rede an Ebert. Er findet aber eine neue Note. Er wünscht die Einberufung der Nationalversammlung auf den 20. Dezember, schimpft auf den Vollzugsrat und schließlich: „So bringe ich denn das Hoch auf die Deutsche Republik und den Großen Fritz Ebert aus, den ich hier aus Ihrer Mitte, gestützt auf die bewaffnete Macht, und im Bewußtsein, für die ganze Nation zu sprechen, zum Präsidenten Deutschlands auszuwählen.“

Ebert erscheint und weiß nichts Besseres zu tun, als dem Burschen die ebenfalls schon gewohnte Antwort zu erteilen. Aber er sagt ihm doch, daß die Regierung sich bisher stets mit den K.- und S.-Räten verständigt hätte. Wenn wirklich Differenzen bestünden, dürfte unter keinen Umständen von außen eingegriffen werden. Ueber die Annahme der Präsidentschaft müsse er sich noch mit seinen Freunden beraten.

Nach diesen merkwürdigen Reden marschierten die Soldaten ab in der Richtung zum Abgeordnetenhaus. Dort lagte der Vollzugsrat. Eine Abteilung Flammenwerfer besetzte das Gebäude und ihr Führer, ein Feldwebel, erklärte den Vollzugsrat für verhaftet — auf Befehl der Regierung Ebert-Spiro. Der Befehl war gefälscht, die Soldaten wußten nicht, worum es sich handelte.

In dem Augenblick, als die gewaltsame Abführung erfolgen soll, tritt der Volksbeauftragte Barth ein, der dem Feldwebel im Namen der Regierung den Befehl gibt, mit seinen Soldaten sofort den Saal zu verlassen und seinen kommandierenden Vorgesetzten herbeizubringen. Der Feldwebel beharrt auf seinem militärischen Befehl, den er von der Regierung Ebert habe. Barth wiederholt seinen Befehl: er spreche im Namen der Regierung Ebert, der Feldwebel mache sich strafbar, wenn der Befehl nicht sofort zur Ausführung komme. Nach einigem Zögern bequemt sich der Feldwebel, mit seinen Truppen abzugehen.

Bald darauf trifft eine Erklärung der Volksbeauftragten ein: „Der Rat der Volksbeauftragten hat nicht den Auftrag erteilt, irgendein Mitglied des K.- und S.-Rates oder einen andern zu verhaften. Jede anders lautende Behauptung ist unwahr, die Soldaten werden zu konterrevolutionären Zwecken mißbraucht, wenn sie zur Durchführung eines Haftbefehls verwendet werden.“

Der Putsch, der mit der Proklamierung Eberts zum Präsidenten begonnen hatte, in dessen Verlauf auch die „Rote Fahne“ besetzt wurde, endete als lächerliche Farce. Die Führer sitzen hinter Schloß und Riegel.

Die Renegaten der Revolution, die Baly, Colin Koh, Gerhard, Coler, Spiro, Willner, das Gefindel, das sich in die Reihen der Revolutionäre einschleichen gewußt hatte, um Verrat zu üben, hat sich verrechnet. Trotz all der Vorbereitungen, der Verleumdungen und Verheerungen ist ihr Anschlag schmachvoll mißglückt. Die Soldaten leben selbst ein, daß sie infam mißbraucht worden sind, und werden jetzt hoffentlich auf der Hut sein.

Alle aber, die die Errungenschaften der Revolution behaupten wollen, sind gewarnt! Der Feind steht rechts. Die Warnung gilt vor allem den Rechtssozialisten und ihrer Presse, die die gegenrevolutionäre

näre Erbe gegen die Unabhängige Sozialdemokratie und die Spartakusgruppe unterstützt und gefördert haben.

Sie gilt den Arbeitern und Soldaten, die nicht genug acht darauf haben können, daß sie nur bewährte und zuverlässige Genossen in ihrer Mitte dulden dürfen. Sie gilt allen, die teilnahmslos zusehen, wenn anonyme Feiglinge und Verseuerer die Revolution zu beschmutzen wagen.

Von der Regierung aber verlangen wir, daß sie alles vorkahre, solche Vorgänge unmöglich zu machen. Die gegenrevolutionären Verräter hatten die Absicht, Verwirrung anzurichten, Unruhen zu erregen, um vor In- und Ausland zu demonstrieren, daß die sozialistische Regierung ohne Stütze sei und nicht verhandlungsfähig. Die Regierung muß dafür sorgen, daß solche Vorfälle, die nicht immer so lächerlich enden müssen, sich nicht mehr wiederholen können.

Der Besudelungskampagne muß ein Ende gemacht werden, zuverlässige Revolutionstruppen solche Anschläge für die Zukunft von vornherein zur Ausschließlichkeit verurteilen. Die Zusammenhänge, in die die elenden Werkzeuge der Konterrevolution verstrickt sind, müssen aufgedeckt werden. Es muß schonungslos durchgegriffen werden.

Es muß sichtbar werden: Die Revolution lebt, sie marschiert und wird niederwerfen, was sich ihr in den Weg stellt!

Vor dem Reichstagsgebäude.

Nach der bereits erwähnten Rede des Spiro hielt Volksbeauftragter Ebert folgende Ansprache:

Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und die Waffenstillstandsbedingungen unserem Volk auferlegt haben. Unsere Volkswirtschaft ist der Grundstock unseres Lebens. Noch schwerer wird unser Wirtschaftsleben bedroht, wenn eigenmächtige Maßnahmen in den Betrieben zum schließlichen Schaden der Arbeiterklasse getroffen werden. Wir wollen unser soziales Programm nicht mit einzelnen Experimenten, sondern im Rahmen der Reichsgesetzgebung durchführen. Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschäfte muß fest in den Händen der Reichsleitung liegen. Wir haben uns stets bemüht, mit den K.- und S.-Räten gemeinsam zu arbeiten, in deren Hand die Macht liegt. Auch mit dem Vollzugsrat von Berlin haben wir uns verständigt. Wenn wirklich Differenzen bestünden, dürfte unter keinen Umständen von außen eingegriffen werden. Das muß ich euch überlassen!

Wenn ihr jetzt stürmisch die Einberufung der Nationalversammlung begehrt, so vergeht nicht, daß eure Kameraden erst auf dem Rückmarsch sind und daß sie, die mit Euch alle Kriegskämpfe geleitet haben, auch wählen wollen. Gebuldet Euch bis zur Lösung aller deutschen K.- und S.-Räte am 16. Dezember, die sich über den technisch frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden sollen. Heute fordere ich Euch auf, die größte Disziplin zu wahren und eine geschlossene Truppe unter einheitlicher Führung zu bilden, die der Grundstock der Macht ist, auf die sich Deutschlands Zukunft und Glück aus dem Abgrund eines jähren Falls neu aufbauen soll. Ihr sollt die Stütze eines neuen freien Deutschlands werden, dessen Bestand von keiner Seite gefährdet werden darf. Die jungsozialistische Republik Deutschland lebe hoch!

Nach dem Volksbeauftragten ergreift ein junger Student das Wort, um der Regierung im Namen der geistigen Arbeiter volle Unterstützung zu versprechen. Dann schwingt sich ein Mann, wie er sagte, ein Rotkops aus Reich, auf die Rednertribüne und sagte, die Soldaten wollten nicht weiter als Ruhe, Frieden, Brot und Arbeit. Die Leute, die das Volk an der Erfüllung dieser seiner ersten und elementarsten Wünsche hinderten, gehörten hinter Schloß und Riegel.

Widerum ergreift der Führer der Demonstration, Spiro, das Wort: „Jetzt habe ich an Herrn Ebert die harte Frage zu richten: Herr Ebert ist jetzt zum Präsidenten der deutschen Republik ausgerufen worden. Folgt er diesem Ruf oder nicht? Ja oder Nein?“

Ebert: „Kameraden und Genossen! Den Ruf, der an mich ergeht, kann und will ich nicht annehmen, ohne vor-

Arbeiter, Soldaten, Parteigenossen!

Immer frecher erhebt die Gegenrevolution ihr Haupt. Zusammenschluß zur Abwehr der drohenden Gefahren ist das Gebot der Stunde.

Erscheint in Massen zu den Versammlungen, die Sonntag, den 8. Dezember, um 12 Uhr mittags,

unter freiem Himmel stattfinden werden:

am Friedrichshain,

am Humboldthain,

am Bismarckdenkmal vor dem Reichstag.

Redner: Breitsheld, Dittmann, Haase,

Ab. Hoffmann, Ledebour, Ströbel.

ner mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hochwichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt."

Vor dem Abgeordnetenhaus.

Mitteilung des Kameraden Häberich, Vertreter Bayerns im Volksgesrat.

Gegen 4 Uhr Sitzung des Volksgesrats. Es waren nicht sämtliche Mitglieder versammelt. Es wird 1/2 Uhr. Als wir begannen wollten, kam ein Kurier und erklärte, das Abgeordneten- und Herrenhaus wären von Militär umstellt mit Flammenwerfern, Handgranaten, Karabinern und Gewehren. Wodurch darauf eine andere Nachricht, daß das Herrenhaus bereits besetzt sei, ebenso ein Teil des Abgeordnetenhauses. Kurz darauf kamen etwa 80 Soldaten in den Saal, besetzt mit Flammenwerfern, Pistolen, Karabinern, Gewehren, Handgranaten usw. Der Führer, ein Feldwebel, erklärt im Namen der Regierung Oberst-Oase des Volksgesrats für verhaftet. Auf die Frage nach dem Zweck erklärte er, er komme nur auf persönlichen Auftrag.

Nach verschiedenen Protesten erklärte der Führer, die Verhaftung bezöge sich nicht auf die Vertreter der Front und der Bundesstaaten. Nach verschiedenem Hin- und Herbewegen stellte sich heraus, daß seine Befugnisse gar nicht so weitgehend waren. Der Vertreter Bayerns verhandelte dann noch besonders mit einigen Mannschaften aus dem eingedrungenen Trupp und erwarb daraus den Eindruck, daß die Leute gar nicht wußten, worum es sich handelte. Als der Vertreter Bayerns sich dann auch an die übrigen wandte, stellte sich heraus, daß sie alle nur beabsichtigt hätten, einen Demonstrationzug für die Regierung zu veranstalten. Es waren Marineoldaten, die aus Johannisthal hergekommen, am Halleschen Tor durch Bioniere abmarschiert und nach dem Schloßhofen gebracht wurden. Erst im Abgeordnetenhaus hatten sie aus den Worten ihres Führers gehört, was beabsichtigt wurde. Der bayerische Vertreter rief ihnen, ihren Führer festzuhalten. Der Vertreter Bayerns begab sich dann im Auto zu dem Volksbeauftragten Oase und erhielt von ihm folgende Erklärung:

Der Rat der Volksbeauftragten hat nicht den Auftrag erteilt, irgendein Mitglied des Volksgesrats der Arbeiter- und Soldatenräte oder ein anderes zu verhaften. Jede andere laute Behauptung ist unrichtig. Die Soldaten werden zu konterrevolutionären Zwecken mißbraucht, wenn sie zur Durchführung eines angeblichen Haftbefehls verwendet werden.

Es stellte sich schließlich heraus, daß die ganze Sache ausschließlich eingeschleppt worden war von dem ehemaligen Volksgesratsmitglied Walz. Ein Gespräch, das dieser am Tage zuvor gehabt hatte, gibt Anhaltspunkte dafür. Als der bayerische Vertreter zurückkam, zerstreute sich sehr bald die in das Abgeordnetenhaus eingedrungenen Menge.

Spätere Demonstrationen begaben sich nach dem Abgeordnetenhaus, um die angeblich verhafteten Volksgesratsmitglieder zu befreien, oder sie hatten sonstige ganz unklare Vorstellungen und Absichten.

In der Chausseestraße.

Ein heftiger Überfall auf unbewaffnete Demonstranten.

Ein Augenzeuge berichtet uns, er habe an der Versammlung der Defektoren und Frontsoldaten in der Chausseestraße teilgenommen. Kurz vor Schluß der Versammlung sei im Saale ein Soldat erschienen und habe berichtet, der Volksgesrat der A. und S.-Räte sei verhaftet worden. Diese Mitteilung habe in der Versammlung große Unruhe und lebhafteste Erörterung hervorgerufen.

Als die Versammlung ihr Ende gefunden hatte, begaben sich die Teilnehmer auf die Straße, um für die Anerkennung des Rates der Defektoren und Urauber durch die Soldatenräte von Groß-Berlin zu demonstrieren. Unter Gelang begab sich der Zug durch die Chausseestraße. An der Kreuzung der Chausseestraße und Invalidenstrasse war Militär postiert, das den Zug in die Invalidenstrasse drängte. Auf den Verhafteten blieb an der Ecke der Chausseestraße und Invalidenstrasse stehen, um zu beobachten, was weiter geschehen würde. Schon nach einigen Minuten näherte sich von der Friedrichstraße her ein zweiter Demonstrationzug, in dem Schilder getragen wurden mit der Aufschrift: „Wir fordern Anerkennung“. Es waren dies die Teilnehmer an der Versammlung in der Sophienstraße.

Die bewaffneten Soldaten, die die Straßenkreuzung besetzten, postierten sich beim Herannahen des Zuges an der Ecke der Invaliden- und Chausseestraße, und zwar auf der Seite nach dem Steintur Bahnhof zu. Die Soldaten machten die Gewehre fertig. Kurz darauf fiel aus der Reihe der Soldaten ein Schuß, der wie das Signal zu einem starken Feuer aus Gewehren und Maschinengewehren wirkte, das nun einsetzte und einige Minuten anhielt. Aus der weitaussten Menge erlöste Geschrei. Nirgends war Hilfe vorhanden. Unser Verlesterhatter half nun die Verwundeten forschaffen.

Weitere Berichte von Augenzeugen, unter denen sich ein Genosse befindet, der bei dem Zusammenstoß an der Chausseestraße selbst eine Verwundung davongetragen hat, stimmen in allen Punkten mit dem oben gegebenen Bericht überein. Es scheint absolut einwandfrei festzustellen, daß nur auf der Reihe der Soldaten geschossen worden ist. Die demonstrierenden Versammlungsteilnehmer waren durchweg unbewaffnet. Die Demonstrationen aus den drei Versammlungen der Urauber und Defektoren bewegten sich aneinander nach einem vorgefassten Plane durch bestimmte Straßen, um sich an einer bestimmten Stelle zu treffen. Die Arrangements des Soldatenaufgebots scheinen davon unberührt gewesen zu sein und hätten daher ihre Truppe so an Stelle, die von zweien dieser Züge bestrahlt werden mußte.

Da die Demonstrationen sich gegen einen Beschluß der Soldatenräte Groß-Berlins richteten, wählten die Teilnehmer an ihnen, als sie sich plötzlich von Versailles angegriffen sahen, auf den Gedanken, immer die Soldatenmacht. Aber das Truppenauf-

gebot beruht, um die friedliche Demonstration zu verhindern. Diese Idee zu verbreiten, scheint die Absicht der Arrangements der Schießerei gewesen zu sein. Der Zweck ist ohne Zweifel, Verwirrung und Zwietracht in die Reihen der sozialistischen Arbeiter und Soldaten zu tragen, auf daß die Gegenrevolution im trüben fischen Wanne. Uebereinstimmend wird von verschiedenen Seiten berichtet, daß die Soldaten bereits eine Stunde vor dem Eintreffen der Demonstranten an der Kreuzung Chausse- und Invalidenstrasse postiert gewesen seien.

Von anderer Seite wird uns noch mitgeteilt, daß den Soldaten, die sich für die Schießerei haben gebrauchen lassen, von ihren Auftraggebern gesagt worden sei, die ganze Geschichte dauere nur dreiviertel Stunden und werde mit 5 Mark pro Mann bezahlt.

Der offizielle Bericht.

Der Volksgesratsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Kurz nach Beginn der Sitzung um 4.30 Uhr wird mitgeteilt, daß eine größere Truppenmacht, bestehend aus den Franzosen, Garde-Pionieren und Flammenwerfern, Marine-Infanterie und Landfliegern, sämtliche Ausgänge des Hauses besetzt habe und im Begriffe sei, einzudringen, um den Volksgesrat zu verhaften. Die bereits begonnene Beratung über den ersten Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt und nur ein Mitglied abgeordnet, um den Teilnehmern festzustellen. Kurz darauf bringt ein Feldwebel der Garde-Pioniere mit etwa 80 Mann (Pioniere und Marine, meist sehr junge Leute) ein und erklärt den Volksgesrat für verhaftet, und zwar im Namen der Reichsregierung.

Auf das Ersuchen des Vorsitzenden, einen schriftlichen Befehl vorzulegen, erklärt er, daß er einen solchen nicht habe und daß er nur dem Befehle seines Vorgesetzten folge. Auf die Frage, wer dieser Vorgesetzte sei, lehnt er die Antwort ab. Er ließ die Tür zum Sitzungssaal schließen, stellte Posten davor auf. Der Offiziersstellvertreter von den Franzosen gab seinen Leuten den Befehl, zunächst 8 Mann vom Volksgesrat und alsdann weitere Gruppen von je 8 Mann abzuführen. Da die Mitglieder des Volksgesrates energisch protestierten und die Mannschaften sich unentschieden zeigten, zog sich die Ausführung dieses Verdictes hin.

Inzwischen erließen die Volksbeauftragten Paris und erteilte im Namen des Rates der Volksbeauftragten dem Feldwebel den Befehl, mit den Mannschaften sofort den Saal zu räumen. Nach anfänglichem Sträuben führte dieser schließlich den wiederholten Befehl aus. Inzwischen hatte sich das Abgeordnetenhaus mit einigen hundert Mann Verhaftungsstrappen geschnürt. Gleichzeitig waren aber auch mehrere tausend Mann Matrosen zum Schutze des Volksgesrates erschienen, ferner größere Massen Arbeiter. Alle diese wurden vom Volksgesrat wieder fortgeschickt; kurz darauf erschien auch der Stadtkommandant Weis, den der Volksgesrat ersuchte, die Absperrung der Linden, die inzwischen erfolgt war, sofort wieder aufzuheben. Ferner ordnete der Volksgesrat die Verhaftung des Feldwebels der Garde-Pioniere, des Offiziersstellvertreters und einer Reihe weiterer Personen wegen bringenden Verdachtes gegenrevolutionärer Umtriebe an. In dem sogleich vorgenommenen Verhör wurde festgestellt, daß den Mannschaften 5 Mark pro Person versprochen worden waren, wenn sie sich an dem „Umzug“, von dem die Führer lediglich zu ihnen gesprochen hatten, beteiligten. Ebenso wurde ein gewisser Franz verhaftet, der vorgeführt wurde unter der von ihm zugehaltenen Beschuldigung, an der Spitze eines Trupps Soldaten in die Redaktion der „Roten Fahne“ eingedrungen zu sein und eigenmächtig den Betrieb aufgehoben zu haben.

Der Volksgesrat setzte alsdann seine Beratungen fort, die mit dem Beschluß endigten, sofort eine gemeinschaftliche Sitzung mit der Reichsregierung abzuhalten.

Die Opfer des Überfalls.

Sieben Tote, 20 Verletzte.

Ueber die Opfer der Schießerei an der Ecke der Chausseestraße und Invalidenstrasse wird mitgeteilt, daß bisher sieben Tote festgestellt werden konnten. Das zunächst unbekannte Mädchen, das in der Straßenbahn stehend von einer Kugel tödlich getroffen wurde, ist inzwischen als das 17 Jahre alte Lehrlingsmädchen Gertrud Komrowski aus der Lysarstraße 15 erkannt worden. Ihre Leiche wurde nach dem Schaulause gebracht. Dort wurde auch der 23 Jahre alte Schweizer Heinrich Köhler aus der Flugstraße eingeliefert, der als Militärinvalid aus dem Heeresdienst entlassen worden war. Von den Verwundeten, die nach der königlichen Klinik in der Bismarckstraße gebracht worden sind, ist einer der Eingelieferten, ein Mann namens Wehring, bereits seiner Verwundung erlegen. Außerdem wurden dort noch 20 Verletzte eingeliefert, davon 12 Schwerverletzte. Unter diesen befinden sich auch zwei Frauen, von denen die eine einen Kopfbruch, die andere einen Oberschenkelbruch erhalten haben, sowie zwei noch schulpflichtige Kinder und ein türkischer Matrose. In das Garnisonlazarett wurden bisher vier erschossene Soldaten eingeliefert, so daß sich die Zahl der bisher festgestellten Toten auf sieben beläuft.

Der Schauplatz der Schießerei war in der zehnten Abendstunde ruhig. Soldaten mit aufgespanntem Seitengewehr sorgten weiter für Aufrechterhaltung der Ordnung.

Die Verhaftungen.

Wie wir hören, wurde bereits gestern das Mitglied des Volksgesrates Gerhard, einer der Anführer des Ausschusses, auf Befehl des Volksgesrates verhaftet. Heute wurden die Anführer, der Eisenbahningenieur Fischer, dann die Soldaten Spiro und Franz, verhaftet. Weitere Verhaftungen dürften noch erfolgen.

Gegen die Warmisten.

Der Stellvertreter des Bayerischen Genossenschaftsbundes in Berlin teilt mit:

Im Interesse des geordneten Verlaufs der Revolution in allen Teilen Deutschlands liegt es, die diesen alarmierenden Nachrichten über das Verhalten der Besatzungen in der Bayerischen Rheinpfalz sowie im Rheinland, mit der Befehlsaufhebung. Die Meldung aus der Pfalz über die Bergewaldung von einer Reihe von Mäusen wurde schon demontiert. In Nachrichten aus dem Rheinland wird ein solcher Eindruck dadurch erweckt, daß die in Kaden, Jülich usw. ergrungenen Urteile, als spontane Eingriffe der Kommandanten abgelehnt werden, während es sich doch leider -- wie uns auch von besonderer Stelle aus Köln bestätigt werden mußte -- nur um eine Wiederholung der

christen handelt, die von der deutschen Regierung in Kämpfe Frankreich. Polen allgemein erlassen waren.

Aber auch diese Maßnahmen sind nur von besiglicher Seite ergangen, und die Nachrichten über die angeblichen Gewalttaten (Ab schlagen von Räten usw.) konnten auch aus Kaden am 5. abends nur als dunkel umlaufendes Gerücht bestätigt werden. Die Besatzung in einer Zeit der Massenpsychose, ähnlich der zu Kriegbeginn entstandenen. Ueber die übrigen Besatzungen (einschließlich der französischen) konnten wir nur gute Kunde bekommen, zumal auch über die amerikanischen in Trier.

Es wird also festgestellt, daß jede Verallgemeinerung derartigen Meldungen unangebracht ist, und nur als beabsichtigte Reueinfachen nationalstischer Leidenschaften betrachtet werden kann. Solchen Versuchen der militaristischen Reaktion kann nicht scharf genug entgegengetreten werden.

Eine Abwehr.

Von der Genossin S. Kautsky wird uns geschrieben:

Hast die gesamte bürgerliche Presse tut mir seit einigen Tagen die Ehre an, sich mit meiner Person zu beschäftigen.

Den Reize eröffnete der Sozialzeiger, der nun, wo ich hohen, höchsten und allerhöchsten Herrschaften knall und fall von der Bildfläche verschwunden sind, sich um seine gewohnte Aufgabe gebückt sieht, seine nach Sensationen hungrigen Leser mit dem Klatsch und Totschlag zu belegen, den er sich bisher auf Salons und Schlingenspielen, auf Klüben und Reden der oberen Beamtenschaft holte. Nun muß er, der Kermite und seinesgleichen sich mit gruslichen Märchen über die Sozialdemokraten begnügen. Schon der Umstand, daß mich die Revolutionsregierung mit der Ueberwachung der politischen Zensur im Haupttelegraphenamt betraute, erregte allgemein gelindes Entsetzen. Als ich aber als Sekretärin und Helferin meines Mannes mit in das Amt wärtige Amt einzog, kriegten die Herrschaften geradezu Krämpfe. Sämtliche Perrücken wackeln. Eine Frau in diesen gebelagerten Räumen -- o Schreden -- Alle möglichen „Eigenmächtigkeiten“ und Uebergriffe und Verhöfe gegen den heiligen Bureaufrat werden mir nochgefagt.

Der Tatbestand ist kurz folgender: Ich tue im Auswärtigen Amt nichts anderes als was ich seit nun fast 30 Jahren gewohnt bin, nämlich die Korrespondenz meines Mannes zu erledigen, soweit sie nicht theoretische Fragen betrifft, alle die vielen Verlegenheiten zu empfangen, deren Wünsche ich vermög meiner Vertrautheit mit den Verhältnissen und Persönlichkeiten der Partei und der Internationale zu erfüllen imstande bin für ihn den ganzen Kleinkram zu besorgen, den ein so umfänglich reiches bureaukratischer Apparat mit sich bringt, was ihn von seiner anstrengenden geistigen Tätigkeit ablenken könnte, und zwar tue ich dies alles wie früher auch jetzt ohne jede Befehlsbefugnis was ich besonders betone, um den gesüßlichen verbreiteten unhäßigen Lügen über sozialdemokratische Betrügereien die Spitze abzubrechen.

„Germania“, „Sozialzeiger“ und Konsorten müssen sich schon mit der Tatsache abfinden, daß es nun ein für allemal mit dem alten Spruch ein Ende hat: Muller faceret in ecclesia (Die Frau hat in der Kirche zu schweigen). Die hohen Zeichen des Frauenwahlrechts und die Herrschaften werden das Schauspiel erleben, eine ganze Schaar von tüchtigen, selbstständig arbeitenden Frauen in die Nationalversammlung einzuziehen zu leben.

Gegen die Hohenzollern und Wittelsbacher.

Gegen die gekrüppelten Dynastien, die immer wieder unliebsam von sich reden machen, findet die „Frankfurter Zeitung“ kräftigste Worte der Abwehr:

„Die Hohenzollern haben abgedankt. Und ihr Verbleiben selbstem entbehrt so völlig auch der bescheidensten persönlichen Würde, daß diese Abdankung keine als eine niemals wieder rückgängig zu machende Tatsache auch von den weitesten Schichten derer empfunden wird, die bis dahin monarchisch bis auf die Knochen“ gelehrt hatten. Der Kaiser ist nach Holland geflohen. Sein Sohn ist in ein „kleines einheimisches Häuschen“ in Holland geflohen. Und als ob es mit dieser Fiacht, die ein nahes Entsetzen bei allen Königstochtern machte, noch nicht genug wäre, würde dann die katastrophale Darstellung des Kaisers von den letzten Tagen vor Kriegsausbruch verdrängt, in der Wilhelm II., um sich reinzuwaschen, sich selbst als ein „wilden“ und „einstufige Puppenspieler“ bezeichnet: nicht habe er gemerkt, man habe ihn gegen seinen Willen auf die Reise geschickt, von der er im letzten Augenblick „auf eigene Faust“ (worüber auf eigene Faust zurückgekehrt sei) Das ist der Mann, der drei Jahrzehnte hindurch Deutschland vor dem eigenen Volke und vor der Welt durch seine heidnischen Gottesgnaden-Tiraden als einen von einem mächtigsten Anwälten halb abloschlich regierten Staat von Unfreien kompromittiert hat -- jetzt, wo er um sein Leben fürchtet, vergräbt er die primitivsten Gebote der Ehre und der Würde. Diese Dynastie hat sich selbst gerichtet vor allem Volke. Sie kann nie wieder leben.“

Ebenso scharf wendet sich die „Frankfurter Zeitung“ gegen die Wittelsbacher, für die in der Jentumsprelle eine regelrechte Verteilungslampagne begonnen hat.

„Wilhelm II. hat dem deutschen Volke Unendliches aufgebürdet, aber Ludwig III. von Bayern und sein Haus tragen wahrhaftig auch ein furchtbares Maß von Schuld an dem ganzen Verlauf des Krieges und seinem Ausgange. Die wittelsbachische Hausmachtspolitik ist es gewesen, die eine Regelung der elahviorbringigen Frage zu einer Zeit verhinderte, in der sie im Rahmen des Deutschen Reichs hätte geregelt werden können; Ludwig der Erbe hätte wollte anerkennen. Und diese wittelsbachische Ankerpolitik hat ebenso die rechtzeitige Freigabe Belgiens verhindert, sie hat auch die Lösung der östlichen Frage ungeheuer erschwert und immer wieder verzögert: immer wieder kamen wittelsbachische „Entschuldigungsansprüche“ (Entschuldigungen für irgendwelche befürwortete „Stellung Freundschaft“) während dazwischen, bis zuletzt, um Abwehr- und Sonderfriedenspläne in dem Vertreter des Hauses Wittelsbach und in den Kreisen, die jetzt wieder den früheren bayerischen Streunungen reinzuwaschen möchten, verhängnisvolle Förderung fanden. Die bayerische Revolution hat auch dieses Dorn gestürzt. Theres ist wahrhaftig reich dafür gewesen.“

Ebenso reich, möchten wir hinzufügen, war das ganze der kapitalistischen Reaktion, an deren Aufrechterhaltung jetzt die bürgerliche Parteien -- darunter auch die engsten Freunde „Frankf. Stg.“ -- frampfhaft arbeiten.

Verfassungsentwurf für die deutsche Republik.

Zum Montag hat, nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ der Staatssekretär des Innern, Professor Dr. Hugo Preuss, nach dem Reichsamt des Innern eine Kommission herborragender Kenner des Staatsrechts einladen, die über den der Nationalversammlung vorgelegenden Entwurf einer Verfassung der Deutschen Republik beraten soll. Von der Reichsleitung werden die beiden Juristen Genossen Hugo Haase und Otto Landsberg an dieser Kommission teilnehmen.

Nach vorläufiger Festlegung der ersten Grundzüge wird eine Konferenz der Vertreter der Einzelstaaten einberufen werden.

Brentano Volkskommissar für Handel und Industrie.

München, 6. Dezember. Professor Brentano ist zum Volkskommissar für Handel und Industrie ernannt worden. Diese Ernennung bedeutet aber nicht etwa den Eintritt Brentanos in das Ministerium.

Der Kommandant des XVIII. Armeekorps zur Disposition gestellt.

Frankfurt a. M., 6. Dezember. Der stellvertretende Kommandierende General des XVIII. Armeekorps, Riedel, wurde auf seinen Antrag durch den Kriegsminister zur Disposition gestellt.

Ein amtliches Dementi.

Berlin, 6. Dezember. Nach Zeitungsmitteilungen sollen der gegenwärtige Gesandte im Haag Dr. Rosen und der Präsident der U. G. G., Dr. Walter Raibow, in das auswärtige Amt berufen sein. Beide Meldungen enthalten jeder Begründung.

Keine deutsche Schifffahrt in der Ostsee.

Berlin, 6. Dezember. England hat in Kopenhagen amtlich mitgeteilt, daß die deutsche Schifffahrt von der Ostsee in der Ostsee nicht mehr zugelassen wird. Dänische Schiffe können zwar fahren, aber es muß vorher eine Verständigung über die einzunehmende Ladung erfolgt sein. Nur Kohl und Kohle, aber keine Holz- oder Gangeisenerzeugnisse dürfen nach Deutschland ausgeführt werden. Auch Dänemark darf nur jene Nahrungsmittel, die auf Grund des Wirtschaftsvertrages vereinbart sind, ausführen. Kechnische Nachrichten liegen aus Holland vor.

Die neue Maßnahme ist eine unerhörte, mit den Wünschen der Vereinigten Staaten nicht zu vereinbarende Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Sie bedeutet eine weitere Anhebung des Gegners, aber auch Entschärfung wurde, und eine neue Verschlechterung unter schwerer Ernährungslage durch die unausbleibliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Labellose Haltung der Amerikaner.

Berlin, 6. Dezember. Wie ein soeben aus Trier zurückgekehrter Vertreter des Auswärtigen Amtes mitteilt, vollzieht sich der Einmarsch der amerikanischen Truppen ohne die störende Begleiterscheinung für die deutsche Bevölkerung. Das Urteil aller deutschen Kreise, wie des Völkers, des Gewissens und des Mannes auf der Straße geht dahin, daß das Benehmen der Amerikaner labellos ist. Alles geht seinen gewohnten Gang. Die amerikanischen Kolonnen nehmen die größte Rücksicht auf den zivilen Straßenverkehr. Das vorsehendere amerikanische Hauptquartier hat sich seit Sonntag im neuen Regierungsgebäude eingerichtet. Keinerlei Erlasse sind erlassen, die irgendwelche Beunruhigungen in die Bevölkerung einbringen könnten. Ein hoher Offizier vom amerikanischen Hauptquartier versicherte ausdrücklich, daß es der Wunsch der amerikanischen Führung sei, die Bevölkerung in keiner Weise zu stören.

Am 9. Dezember werden die amerikanischen Linien bis Aoblena vorgezogen sein.

Amerika für den Wiederaufbau der Kultur.

Basel, 6. Dezember. Der Basler „Grenzboten“ meldet aus New York: Im Senatsauschuß gab Lansing bekannt, die Schuldfrage am Krieg werde wahrscheinlich nie geklärt werden. Wichtig ist die Bestrebung, die Schuldigen zu bestrafen, sei der Wiederaufbau der Kultur und der vernichteten Menschheit. Diese Bestrebungen erhielten ihre Krönung durch den Wilsonschen Völkerbund. Wenn auch Deutschland die brutale Reichsführung zuerst eingeführt habe, so sei auch das Regime des Jaren nicht frei von Schuld oder Verbrechen. Amerika werde die Wunden des Krieges heilen, nicht nur in den verbündeten Ländern, sondern auch in den bisher feindlichen Staaten.

Wilson gegen jeden Militarismus.

Amsterdam, 6. Dezember. Das Neuterische Bureau meldet aus New York, daß Wilson vor seiner Abreise nochmals nachdrücklich erklärte, daß er gegen den Militarismus in jeder Form kämpfen werde. Die Verkrümmung des preuhischen Militarismus betrachte er als den wichtigsten Teil seiner Aufgabe.

Zur Auslieferung des Erzkaifers.

Washington, 6. Dezember. (Reuter.) Vom Staatsdepartement verlautet, daß die Frage der Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers aufgeschoben werden wird, bis Wilson erreicht wird. Amtlichen Kreisen in Washington zufolge hat Wilson über diesen Gegenstand niemals seine Meinung geäußert.

Churchill für Abrüstung und Völkerbund.

London, 6. Dezember. (Reuter.) In seiner Rede im Unterhaus erklärte Churchill, die britische Regierung würde auf der Friedenskonferenz die allgemeine und vollständige Abschaffung der militärischen Dienstpflicht fordern.

London, 6. Dezember. (Reuter.) Lord Roberts teilte in einer Rede mit, daß die Regierung am außerordentlich

habe, die Leitung des Teiles der britischen Friedensdelegation zu übernehmen, der sich mit der Organisation des Völkerbundes beschäftigen wird. Er habe diese Einladung angenommen.

Schiedsgerichtsverhandlungen in Oesterreich.

Wien, 6. Dezember. Am 3. Dezember hat der Staatssekretär für Auswärtiges den Regierungen der tschechoslowakischen Republik und des südböhmischen Staates durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertretungen die Bildung von Schiedsgerichten vorgeschlagen. In den nachfolgenden Noten, die dem tschechoslowakischen Gesandten Tuzar und dem bevollmächtigten Vertreter, Dr. Dezaire, übergeben wurden, wird auf die Zwischenfälle hingewiesen, die sich insbesondere an der Sprachgrenze in jüngster Zeit wiederholt ereignet und in einzelnen Fällen bereits zu Blutvergießen geführt haben. Es besteht die große Gefahr, daß der von den Nationen gegen einander geführte Wirtschaftskrieg das fürchterliche Elend über große Städte und Industriegebiete heraufbeschwäre. Deutschösterreich tritt an die Nachbarvölker heran mit dem Antrag, durch Abschluß eines vorläufigen Vertrages das friedliche Nebeneinanderleben der Völker bis zum Inkrafttreten des Weltfriedens zu sichern.

Der Entwurf eines solchen Vertrages liegt den beiden Noten bei. Er bezieht in Art. 1. daß die endgültige Festlegung der Grenzen zwischen Deutschösterreich und den Nachbarstaaten die vertragsmäßige Regelung ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen, insbesondere auch die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben.

Art. 2 verpflichtet die Vertragschließenden, alle Streitfragen, sofern sie nicht auf diplomatischem Wege unverzüglich beseitigt werden können, einem zwischenstaatlichen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Nach Art. 3 erfolgt die Bildung des Schiedsgerichts, das seinen Sitz abwechselnd in Wien und in Prag bzw. in Agram hat, in der Weise, daß jeder der Vertragsstaaten zwei Schiedsrichter ernannt, von denen nur einer sein Staatsangehöriger sein darf, während der andere einen der an dem gegenwärtigen Kriege nicht beteiligten Staaten angehören muß. Diese Schiedsrichter wählen gemeinsam einen Neutralen zum Obmann. Können die vier Schiedsrichter sich hierüber nicht einigen, so bezeichnet jeder Vertragsstaat eine neutrale Macht und die beiden so bezeichneten Mächte wählen den Obmann.

Art. 6 stellt fest: Die Schiedsprüche sollen den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vorgehen und nur bis zu dessen Inkrafttreten Geltung haben.

Die Polen auf der Friedenskonferenz.

London, 6. Dezember. Das Neuterische Bureau erzählt, daß Calkoun vom Vertreter des polnischen nationalen Komitees, Sobanski, mitgeteilt hat, daß nach der Ansicht der britischen Regierung Polen auf der Friedenskonferenz vertreten sein muß, wenn die Polen betreffenden Fragen zur Sprache gelangen.

Rücktransport deutscher Truppen aus Finnland.

Helsingfors, 6. Dezember. Der erste Transport von Finnland heimkehrender deutscher Truppen verläßt heute Hangoo. Weitere Transporte werden in den nächsten Tagen folgen. Man rechnet damit, daß die Abbeislerung gegen Mitte des Monats beendet sein wird. Auf Grund der unseren Unterhändlern in Spaa gegebenen Zusicherungen genügen die Transporte freies Geleite über die Ostsee.

Belagerungszustand in Hohenfelsa.

Hohenfelsa, 6. Dezember. Ueber Stadt und Kreis Hohenfelsa ist der Belagerungszustand verhängt worden. Bis auf weiteres sind sämtliche Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte geschlossen. Leider hat die gestrige Schließerei noch ein weiteres Opfer gefordert. Die militärischen Patrouillen sind zurückgezogen und dafür patrouillieren polnische Milizbürger in Zivil in den Straßen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Freiwillige Auflösung des A- und S-Kafes in Mainz.

Mainz, 6. Dezember. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Mainz hat sich freiwillig (1) aufgelöst. An seiner Stelle wurde ein 15-köpfiger Verwaltungsausschuß des besehnen Offens an die Darmstädter Regierung angegliedert.

Ausführungsbestimmungen zum Amnestieerlaß.

Berlin, 5. Dezember. In der Verordnung des Reichspräsidenten über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung vom 3. Dezember 1918, über die bereits berichtet ist, hat der Reichspräsident Dr. Rosenfeld eine Allgemeine Verfügung vom 4. Dezember erlassen, in der Richtlinien für die Ausführung dieser bedeutsamen Verordnung gegeben sind. Entsprechend dem weiten Umfange, in dem durch die Verordnung Straffverfahren niedergeschlagen und Strafen erlassen werden sowie die Lösung von Strafen in den Strafregistern angeordnet wird, waren zahlreiche Einzelbestimmungen erforderlich, die in ihrer Gesamtheit sicherstellen sollen, daß die Ausführung der Verordnung in einem ihrem Geiste gerecht werdenden weitherzigen Sinne erfolgt. Hervorgehoben ist insbesondere, daß, soweit bei der Ausführung nichtstaatliche Behörden mitwirken, diese namentlich bei der Handhabung der Niederlegung von Straffverfahren gerichtliche Entscheidungen dann herbeizuführen haben, wenn sie nicht schon von sich aus zu einer Bejahung der Anwendbarkeit der Verordnung gelangen.

Arbeitsgelegenheit auf dem Lande.

An die vom Krieg heimkehrenden Landarbeiter und an alle, die vor dem Kriege auf dem Lande tätig waren, ergeht erneut der dringende Ruf, nicht in die Städte und Industriegebiete zu gehen, wo es an Wohnungen fehlt und die Arbeitsgelegenheit knapp ist, sondern auf dem Lande, wo eine durchgreifende Umgestaltung der Besitzverhältnisse im Gange ist, wo Hunderttausende von selbständigen Bauernherren geschaffen werden sollen. Die Ausnahmestellung gegen die Landarbeiter sind aufgehoben, für die Herstellung der nötigen Wohnungen und für Pachtland wird durch Gesetz gesorgt werden.

Wer sich auf die Landwirtschaft versteht oder willens ist, sie zu erlernen, sollte auf das Land gehen.

Wer Arbeit auf dem Lande sucht, wende sich 1. an seine alte Stelle oder 2. an den Arbeitsnachweis seines Heimatbezirks — ein solcher Arbeitsnachweis befindet sich in jeder größeren Stadt — oder endlich 3. an seine Gewerkschaft, und zwar a) den Landarbeiterverband, Berlin SO. 16, Wilmersdorferplatz 1, b) den Jentzenverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter, Bielefeld, Günterstraße 45.

Wer sich als selbständiger Besitzer oder ländlicher Handwerker ansiedeln will, wende sich unter Angabe seiner Wünsche und Vermögensverhältnisse an eine der nachgenannten gemeinnützigen Anstaltsgesellschaften. Für Brandenburg: Landgesellschaft Eigen Scholle, Frankfurt a. O., Kaiserstr. 7.

Der Staatssekretär des Reichs-Arbeitsamts Bauer.

Die Arbeiterratswahlen für Groß-Berlin.

Die Wahl findet auf Grund des Verhältniswahlsystems und geheim statt.

Bei Wahlkörpern von 1000 Personen wird der Kandidat in der Versammlung mit einer Unterstützung von 150 Wahlberechtigten aufgestellt und in geheimer Wahl gewählt, wobei einfache Majorität entscheidet. Bei Wahlkörpern, die berechtigt sind, mehrere Arbeiterratsmitglieder zu wählen und Listenwahl stattfindet, müssen die eingereichten Listen die Unterschrift von 50 der wahlberechtigten Personen tragen. Vorklagelisten müssen 2 Tage vor der Wahl eingereicht werden.

Wird nur eine Liste eingereicht, so gilt diese als gewählt. Werden mehrere Listen eingereicht, so werden sie der Reihenfolge des Einanges nach nummeriert. Zu wählen ist nur die Nummer der Liste.

Das Wahlergebnis wird durch den Wahlvorstand des Wahlkörpers dem Zentral-Wahlbureau Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, sofort nach dem Ablauf übermittelt. Das Zentral-Wahlbureau fertigt nach Prüfung der Wahl den gewählten Arbeiterratsmitgliedern ihre Legitimation aus.

Die Resultate der Arbeiterratswahlen müssen unbedingt bis zum 12. 12. 18, mittags 12 Uhr, im Zentral-Wahlbureau abgegeben sein. Wir eruchen um genaue Einhaltung des Termins. Später einkaufende Resultate können keine Berücksichtigung finden.

Die Wahlkommission. H. A.: Neumann.

Weitere Vertagung der Soldatendelegiertenwahlen.

Berlin, 7. Dezember. Wahlen zur Delegiertenversammlung am 16. Dezember 1918. Weitere Vertagung der Soldatendelegiertenwahlen.

Die in der Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte vom 3. Dezember im Reichstag eingeleitete Kommission zur Ausarbeitung des neuen Wahlreglements für die Delegiertenwahlen am 16. Dezember 1918 hat einstimmig beschlossen, der nächsten Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins (7. Dezember) folgenden Antrag zur Beschlussfassung zu unterbreiten: Die Soldatenräte Groß-Berlins vertreten die Auffassung, daß bei den Wahlen zur Delegiertenversammlung am 16. Dezember und bei der Wahl zum Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an dem Grundsatz der deutschen Revolution, Parität zwischen Arbeitern und Soldaten, festgehalten ist.

Bezüglich des Wahlreglements hat die Kommission beschlossen: Der Termin für die Wahl der Vertreter zur Delegiertenversammlung am 16. Dezember wird von der Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte festgesetzt.

Der Vollversammlung wird zu gleicher Zeit das von der Kommission ausgearbeitete neue Wahlreglement zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Kommission für die Ausarbeitung des Wahlreglements. J. A.: Gerber, Corns, Rahmewald.

Die nächste Tagung der Soldatenräte.

Berlin, 6. Dezember. Auf Beschluß der aestrinen Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins beruft das Bureau die nächste Vollversammlung für Sonntag, den 8. d. M., vormittags 11 Uhr, in den großen Sitzungssaal des Reichstages ein.

Auf die Tagesordnung wurden zunächst folgende Punkte gesetzt: 1. Bericht des Bureau, 2. Ernennungswahlen für das Bureau, 3. Weiterer Teilbericht des Friedensauschusses, 4. Bericht des Wahlbureau, 5. Entschädigungstragen der Soldatenräte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Neustrophe, Berlin-Wilmersdorf, Druck der Einheitsdruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Die die

Expedition „Die Freiheit“

Grundröße

Berlin NW 6
Schiffbauerdamm 19.

Konsumgenossenschaften und Kleinhandel in der sozialistischen Republik.

Meine Herren! Wir müssen Sie doch bitten, daß Sie uns mit denjenigen Betrieben vergleichen, mit denen wir ver- gleichbar werden können. Wir Konsumgenossenschaften sind nun einmal, wirtschaftlich gesprochen, Kräfte —, so kennzeichnet das im Jahre 1918 verstorbene Mitgliedsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der Genosse H. v. Elm, auf dem Dörfel- dorfer Genossenschaftstag im Jahre 1907 die deutschen Konsum- genossenschaften.

H. v. Elm war ein guter Kenner der deutschen Konsum- vereinsbewegung. Seine scharfe, jedoch wie sich aus dem Zu- sammenhang seiner auch in Broschürenform herausgegebenen Rede ergibt, ungewollte Kritik des größten Teiles der deutschen Konsumgenossenschaften war und ist auch heute noch vollständig zutreffend. Wie die Verhandlungen der in den Genossenschafts- betrieben beschäftigten Handlungsgehilfen, Transportarbeiter, Bäder usw. mit den meisten Genossenschaftsüberwaltungen deutlich zeigen, sind viele Genossenschaften nichts weiter als um elende Beispielfähigkeit feilschende Kramers. Es ist dies nur zum Teil auf die persönlichen Eigenschaften der Verwaltungsmittelglieder zurückzuführen. Daß dem so ist, liegt im Wesen der Konsumgenossenschaften in ihrer heutigen Form begründet. Die Konsum- genossenschaften konnten innerhalb des privatrechtlichen Unternehmungs- Systems nichts anderes sein, als kapitalistische Unternehmungen. Sie waren und sind noch heute eingestuft auf die Erzielung von Gewinnen. Und zwar auf Gewinn, der zum größten Teil aus der Arbeitskraft der in den Konsumgenossenschaftlichen Betrieben Täti- gen herausgeholt wird. Deshalb zeigen uns auch die Statistiken des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, daß überall in den Vereinen, wo die höchste Dividende verteilt wird, die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden.

In schroffem Gegensatz zu den Ergebnissen, zu denen die Praxis in der Konsumgenossenschaftsbewegung über das Wesen dieser Bewegung kommen, stehen die Theoretiker des Zentralver- bandes deutscher Konsumvereine. Jede Fälschung der Sozial- demokratie streng von sich weisend, glauben sie mittels der Kon- sumgenossenschaften die Welt aus den Angeln heben, das Kapital und das kapitalistische System beseitigen zu können. „Wenn die Menschen, als Konsumenten aufgefaßt, sich in solcher Weise und mit solchem Bewußtsein vereinigen und wegbewahrt werden, so könnte das gewaltige Ringkapital, das sich seit einem Jahr- gebn so übermächtig und drohend zusammengeschlossen hat, viel- leicht schon in einigen weiteren Jahrzehnten im Wesen bezwungen sein. Das ist kein utopischer Gedanke... Freilich — noch rufen einige Kleingeister, daß die Entwicklung der Konsum- genossenschaft nicht ausreichen werde, um das Kapital zu be- zwingen.“ Es ist beinahe ein Jahrzehnt verstrichen, seitdem Prof. Dr. Staudinger, der anerkannte Theoretiker des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, diese Worte in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ niederschrieb. Die Konsumgenossenschaft haben in der verstrichenen Zeit am Bau des kapitalistischen Gebäudes nicht gerüttelt. Sie haben sich im Gegenteil bemüht, es innerhalb dieses Gebäudes wohnlich einzurichten. Jeder, der die Träger des Zentralverbandes auf die Aufgaben aufmerksam machte, die die Konsumgenossenschaften innerhalb der modernen Arbeiterbewegung auf Grund der Vortragsberichte zu erfüllen hätten, wurde als lästiger Eidenried betrachtet. „Es wird Zeit, daß dem Treiben unverantwortlicher sozialdemokratischer Schriftsteller ein Ende bereitet wird“, so domerte Heinrich Kauf- mann, der geistige Leiter des genannten Verbandes.

Anfang November rüttelte die Klassenbewusste Arbeiterschaft am eint so stolzen Gebäude des privatrechtlichen Systems. Die vergoldete Kuppel stürzte krachend zu Boden. Noch aber stehen fest gefügt die Säulen. Doch schon sind arbeitsgewohnte Hände am Werke, die Säulen abzutragen. Alle, die sich so wohnlich innerhalb des Gebäudes eingerichtet haben, verspüren den frischen Luftzug. Manches aus dem Abbruch kann bei zweck- entsprechender Bearbeitung zum Neubau eines sozialistischen Gesellschaftsgebäudes mit verwendet werden. Auch die Konsum- genossenschaften können noch wertvolle Dienste leisten. Doch nur dann, wenn sie ihres eigennütigen Charakters entkleidet werden. In einer sozialistischen Gesellschaft ist kein Raum für Wettbewerben, aus der Arbeit anderer Kapital, Gewinn zu er- zielen. Gleichwohl, ob das Bestreben von einem Einzelnen oder von vereinigten Personen ausgeht.

Dieses eigennütigen Charakters entkleidet, können auch die gut organisierten Konsumgenossenschaften als Teilgebäude in das sozialistische Gesellschaftsgebäude viel leichter eingegliedert werden, wie der sogenannte Kleinhandelsstand, auch wenn er sich zu Ver-

*) „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, 2. Jahrgang, Seite 608/4.

binden oder Genossenschaften zusammenschließt. Die Selbstän- digkeit der Kleinhandler ist in den meisten Fällen ja auch nur ein fiktiver Begriff. Alle Bemühungen der durch die Revolution von der bürgerliche Herrschaft abgeworfene „Mittelstand“ zu kräftigen, mühen an der Entwicklung des Großkapitals im privatrechtlichen Staat scheitern. Der Großhandel, das Groß- kapital machte den Kleinhandler von sich abhängig. Wo der Kleinhandel selbständige Regungen zeigte und sich durch Zu- sammenschluß vom Großhandel befreien wollte, trat der Groß- handel durch Errichtung von Filialgeschäften auf den Plan. — Teile und herrsche!

Diese Zersplitterung des Kleinhandels bedeutet Verschwen- dung von Zeit, Raum und Kraft; eine Verschwendung, deren Kosten der Verbraucher, der Konsument, letzten Endes also die Allgemeinheit zu tragen hat. Eine Zusammenfassung der Waren- verteilung liegt deshalb im Interesse der Gesellschaft, des Staates. Dieser Gedanke ist nicht neu. Durch den Krieg hat er Anhänger gewonnen, die mit immer überzeugenderen Grün- den die Befestigung der Anarchie im Kleinhandel fordereten. So u. a. H. C. R. Nied in Heft 2 der von Erich Schärer heraus- gegebenen Schriftreihe „Deutsches Gemeinwesen“. Es ist ein sehr reiches Material, das er als Wider und Beispiele aus der Anarchie im Kleinhandel“ vorträgt und an Hand dessen er zu dem Ergebnis kommt:

„Eine Auflösung des heutigen viel zu zersplitterten, zer- splitteten Handels mit allem, durch die Zersplitterung und den Kampf um den „Ruben“ über Gebiete verteilten Gütern, und eine staatliche Regelung der Güterverteilung nach dem Vorbilde der Post und der Bahn, würde eine Jahreersparnis von ungefähr 25 Milliarden Mark bringen. Ohne daß der deutsche Verbraucher für die Verdrängung seiner Bedürfnisse höhere Preise zu zahlen brauchte, als im heutigen zersplitterten Handel. Würde die Reichsregierung sich eine jährliche Gelderhöhung von 25 Milliarden Mark sichern.“

Wie zu erleben ist, forderte Nied den Zusammenschluß im Interesse des kapitalistischen Staates. Unbewußt forderte er und alle in seinen Bahnen wandelnden Nationalökonom sozialistische Ziele. Denn das Endziel der Entwicklung, sobald einmal das Proletariat an die Staatsruhel gekommen, ist die Vereinigung sämt- licher Betriebe zu einem einzigen ungeheuren Staatsbetrieb, d. h. die Verwendung des Staates in eine einzige Wirtschaftsgenossenschaft. Sie wird nicht für und fertig am Tage nach der Revolution dastehen, sondern das Produkt einer Entwicklung sein.“

Ist der individualistische freie Warenhandel auch durch ver- schiedene Kriegsmassnahmen zum Teil eingeschränkt worden, so nimmt er doch heute noch eine beherrschende Stellung in der Gütervermittlung ein. Dieser Kleinhandel mit seiner ganzen Natur nach mit einem Spekulationsgewinn, mit einem Konsumstren- nen rechnen, schon deshalb, weil ihm ein fester Kundenkreis fehlt. Dieser feste Kundenkreis ist bei den Konsumgenossenschaften vorhanden. Sie sind deshalb in der Lage, genau den Bedarf der Waren zu berechnen. Das die Allgemeinheit schädigende Verlust- konto für nicht abgesetzte Waren, das in regelmäßiger Zeit beim Kleinhandler undurchsehbar hoch war, kommt in einem geord- neten Konsumverein in Wegfall. In die Stelle des Waren- handels tritt eine geregelte Warenverteilung. Deshalb sind auch die Konsumgenossenschaften, sofern sie zweckentsprechend aus- und umgebaut und ihres legeren Charakters entkleidet werden, ohne Zweifel im Stande, die Bahn frei zu machen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

Georg Böhmel

Gewerkschaftliches.

Achtung! Dachdecker!

laut Beschluß der Tarifkommission beträgt die Arbeitszeit vom Sonnabend, den 7. Dezember, 3 Stunden. Der Lohn wird auf 2,20 M. per Stunde festgesetzt. Die Arbeitsvermittlung findet nur noch vom paritätischen Rat der Stadt Berlin, Gormannstr. 20 II, aus statt.

Zur Krise unter den technischen Angestellten wird uns noch geschrieben: In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom Donner- tag antwortet nunmehr, da die Logenleitungen den Bundesmit- gliedern die ihnen in der Bundespresse seit über vier Jahren geraubte Pressfreiheit gewähren, der Vorstand des Bundes der technischen und industriellen Beamten. Er übergeht die ihn ver- urteilenden, in der „Freiheit“ wiedergegebenen Entschuldigun- gen der Mitglieder der Sammlung wiederum und verweist auf die ihm endlich abgerungene Zustimmung zum Industriearbeitergesetz, der vom Vorstand für Ostern vorgeschlagen ist. Bis dahin soll alles beim alten bleiben, d. h. 2-4 Monate dieser entscheidungs- lässigen Zeit sollen die Mitglieder weiterhin von allen Ent- scheidungen ferngehalten werden, und es soll ihnen zugleich die Möglichkeit entzogen bleiben, die Mitglieder durch die Bun- d-

presse über die selbstherrliche Tätigkeit der Beamten und über die sonstigen Mängel der Organisation auszuklären. Das plötzliche stürmische Ueberlaufen der Bundesbeamten zu den „Abhängigen“, so lässlich es sein mag, erhebt doch nicht das man- gelnde demokratische Handeln. Die Mitglieder werden energisch selbst nach dem Rechten sehen müssen und werden es tun, damit ihre Organisation wieder das alte Vertrauen unter den An- gestellten erwidert, das sie einst hatte.

Für das Bäcker- und Konditoreigewerbe bringt eine am 15. Dezember 1918 in Kraft tretende Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 2. Dezember 1918 wichtige neue Vor- schriften. Den Arbeitgebern wird unterzagt, wegen der Einführung des Achtstundentages Lohnabzüge zu machen. Bei Etüdiolen er- höhen sich die Lohnsätze soweit, daß in acht Arbeitsstunden der bis- herige Tagesverdienst erzielt wird. Die für die Verteilung aus- reichenden Kommunalverbände haben Hochauschüsse zu errichten, die aus einem unparteiischen Vorsitzenden und je drei Vertretern aus dem Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestehen. Diese Hochauschüsse sollen von den zuständigen Behörden vor Er- laß wichtiger Anordnungen gehört werden, haben bei der Regelung des Verteilungsproblems mitzuwirken und Rücksicht auf diesen Ge- biete, nötigenfalls unter Anrufung der Gewerkschaftsbeamten, zu beteiligen. Auch im übrigen können sie Wünsche und Anträge, die sich auf das Bäcker- und Konditoreigewerbe beziehen, beraten und zur Kenntnis der Behörden bringen.

Die Gasthausangestellten haben in einer Versammlung am Mittwoch den Zusammenschluß der fünf großen Verbände: Gas- wirtschafthilfsverband, Freie Gewerkschaft, Genfer Verband, Deutscher Kellner-Verband, Verband der Köche, Christlicher Reichs- verband der Gasthausangestellten zu einer Einheitsorganisation voll- zogen. Als Forderungen sind aufgestellt: 1. Für das ganze Reich die Abschaffung der gewerbedinglichen und privaten Stellenvermit- tlungen in unterm Gewerbe und Ausgestaltung der städtischen paritätischen Arbeitsnachweise, die allein für die Vermittlung aus- reichend sind. 2. Strikte Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit. 3. Einführung fester, auskömmlicher Löhne, Abschaffung des Trink- geldsystems und Befestigung jeglicher Nebenabgaben. Die Versammlung fordert die Gleichheit des ganzen Deut- schen Reiches auf, unter Beispiel nachzuahmen und rüchlos die Interessen der Kollegen zu vertreten und so die Einheit in schärfster Weise zu demonstrieren.“

Groß-Berlin.

Darlehen für Kriegsteilnehmer.

Die Stadtgemeinde Schöneberg gewährt durch die städtische Darlehnskasse allen Einwohnern Schönebergs, die durch den Krieg in eine Notlage geraten sind, Darlehen bis zum 1. Oktober 1919 von 8000 Mark gegen Sicherheit. Als Sicherheit dienen alle diejenigen Werte, die man im täglichen Leben als Sicherheit an- nehmen kann, z. B. Briefkasten- und Schloßgegenstände, Möbel, Hypotheken, ausstehende Forderungen, Bürgschaften und be- zugslos.

Insbesondere hat die städtische Darlehnskasse jetzt die Aufgabe, den Einwohnern bei der Sicherung bestehender und der Wieder- herstellung vernichteter Erwerbsquellen beizuhelfen. Der Zinssatz beträgt zur Zeit 6% Prozent. Die Rückzahlung des Darlehen hat durch monatliche Ratenabgaben zu erfolgen, die nach Verteilung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Darlehensnehmers festgesetzt werden.

Gesuche sind mündlich oder schriftlich im Neuen Markthaus, Zimmer 228 anzubringen.

Arbeitslosigkeit und Wohnungselend in Neudöln.

Der Volksgauausschuß des A- und S-Rates Neu- döln sendet uns eine Zuschrift, in der er die Not und das Elend der heimkehrenden Soldaten und der aus den Kriegsbetrieben entlassenen Rassen der Arbeiter schildert. Er verlangt, daß von der Regierung „unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, die die Lebenshaltung dieser Arbeitslosenherde sichern.“ Der Neu- dölnner Volksgauausschuß schlägt vor, mit Aufwand und Kosten eine Verbindung anzubahnen, um Arbeitslosigkeit zu schaffen. Ferner beantragt er eine durchgreifende Arbeitslosenversicherung. Die dazu erforderlichen Mittel sollen durch die sofortige Nationalis- tierung der Banken beschafft werden.

Besonders die Kommune von Neudöln steht vor einer un- geheuer schwierigen Aufgabe. „Schon wegen sich die Hausbesitzer, die eben erst mit einem Flugblatt ihre Mieter unter der Flagge der „Demokratischen Vaterlandspartei“ zu gewinnen suchten und durch ihre Hausverwalter die Mieter durch Unterdrückung für ihre Freude festhalten wollen. Sie treten mit gewaltigen, wucher- rischen Mietssteigerungen an die so schwer gepönligte Bevölkerung heran. Sie scheuen sich nicht, jeden, der nicht in der Lage ist, ihren Wünschen zu entsprechen, die Kündigung auszusenden, sogar Zwangsversteigerungen vorzunehmen.“

In ihrer gewohnten Rücksichtslosigkeit mühen die Hausbesitzer gerade jetzt, in Zeiten der höchsten Not, die für sie so günstige Konjunktur der Wohnungsnot aus. Der Neudölnner Volksgauausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats hat sich deshalb ge-

Deutscher Metalarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83-85.

Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 188, 1229, 1987, 2114.

Montag, den 9. Dezember 1918, abends 6 Uhr

Branchenversammlung
der Werkzeugmacher (Schmittbauer, Lehrenbauer, Vorrichtungsbauer, Schweißzeugmacher und Scharfschleifer)

in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17-18.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Kollektivvertrag über unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

2. Branchenausgaben.

Achtung! Die Vertrauensleute kommen am 4. Uhr zu einer Konferenz zusammen. — Kollegial! Erreicht alle in der Versammlung

Achtung! Gelbmetall! Achtung!

Die Versammlung am 9. Dez. 1918 findet nicht statt.

Nähere Anzeige folgt.

D. O.

Achtung! Achtung!

Im Interesse der Uebergangs- und Volkswirtschaft, sowie unserer aus dem Felde heimkehrenden Modelleure, Zissleure und Metallbildhauer sind wir Abnehmer von Messing in jeder Form und Messingabfällen in Blech und Guß. Angebote an:

Max Bernhardt & Co., G. m. b. H.
Berlin KO. 43, Barnimstr. 43 • Bronze- und Metallarbeiten.

Soldatenräte der U. S. P!

Sämtliche Soldatenräte in den Groß-Berliner Formationen, die auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen, werden eingeladen, sich am

Sonnabend, den 7. Dezember, abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 11), zu einer Besprechung über die bevorstehenden Neuwahlen der Soldatenräte einzufinden.

Zutritt nur gegen Legitimation.

Arbeiter! Soldaten! Genossen!

Montag, den 9. Dezember 1918, abends 7 Uhr, im Volksbau, Charlottenburg, Rosinenstraße 4.

Öffentliche Volksversammlung:

„Zweck und Ziele der Revolution.“

Referent: Dr. Hermann Dunder.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die U. S. P. Charlottenburg.

A. S. B. W. W. W. W.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Büro: Engelauer 15. Tel.: Npl.: 11443.

Chemische Industrie.

Sonntag, den 8. Dezember, mittags 1 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Konferenz

aller Arbeitervereine, Vertrauensleute und

Arbeiterräte d. Chemischen Betriebe Groß-Berlins.

Tagesordnung:

Bericht über die weiteren Verhandlungen.

Jeder Funktionär muß einen Ausweis vorlegen,

welcher vom Obmann unterzeichnet ist.

Ohne Ausweis keinen Zutritt!

Die Ortsverwaltung.

Velten.
Sozialdemokratischer Wahlverein U. S. P.

Sonntag, den 8. Dezember, nachm. 2 Uhr,

bei H. Paris:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal

2. Unsere ferneren Ausgaben. 3. Wa 1 der Dele- gation zur Generalversammlung. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

hört. Jede Kündigung und Nichtbegehung einzuweisen zu betreiben, und im oben angeführten Sinne bei der Landesregierung weitere Maßnahmen zu erwirken. Ein öffentliches Plakat gibt diesen vorläufigen Beschluß bekannt, und wir bitten, uns jede Nichtachtung unserer vorläufigen Verfügung unzulässig mitzuteilen.

9-Uhr-Polizeistunde für Schausteller. Die öffentlichen Erklärungen über das Für und Wider der frühen Polizeistunde, die Besprechungen in Verlammlungen und andere Anlässe haben dazu beigetragen, daß verschiedene Wirte annehmen, die neue Verordnung sei wieder aufgehoben. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Verordnung nach wie vor besteht und die Mannschaften des Sicherheitsdienstes angewiesen sind, streng darauf zu achten, daß die Lokale um 9 Uhr abends geschlossen werden.

Lebensmittelanzeichen. In der Zeit bis Mittwoch, den 11. Dezember 1918 wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenlisten der in den Bezirken der 118., 207., 180. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Füllian, Verkaufsstellen) eingetragenen sind, pro Kopf 126 Gramm Brote verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Aushängeschild: Verkauf von Brote der Heilwieg Groß-Berlin gekennzeichnet sind. — Die Brotkommissionen 5-7, 16-20, 44-48, 103-107, 140-151, 172-175, 183-184, 199, 201-206, 217, 224-226, 231-232, 234 bis 236 geben vom 11. 12. 18 bis 17. 12. 18 einschließlich für jede obgedachte Marke „N“ 1/4 kg. Salzkrücker aus. Die Bekiefertung wird nach der Lage des Ladens des Kleinhändlers vorgenommen, bei dem der Verbraucher seine Eintragung bewirkt hat.

Die Beschlagnahme der Fahrräder ist wieder aufgehoben. Wer seinen Besitz oder solche erhalten kann — und das ist nicht so einfach — kann überall radfahren, ohne von den Überwachungsorganen angehalten zu werden.

Der Andrang zu den Werkstätten der Erwerbslosenfürsorge ist außerordentlich stark. Oft müssen die Arbeitslosen lange Zeit warten, ehe sie abgefertigt werden. Es entsteht dadurch mancher Mißmut. Es wird sich hoffentlich ermöglichen lassen, umgehend Abhilfe zu schaffen.

Auf der Straße plötzlich verstorben sind gestern zwei Männer, der 58 Jahre alte Heizer Erdmann Schmidt aus der Bergmannstraße 20 und der 88 Jahre alte Kaufmann Bernhard Glander aus der Eufelandstraße 8. Schmidt brach auf dem Altanischen Platz zusammen und wurde von mitleidigen Leuten nach einer Schanzenkaserne in der Nähe gebracht. Ein Arzt, der hinzugerufen wurde, konnte nur noch den Tod feststellen. Glander erkrankte in der Altanischen Straße 20 plötzlich und starb auf der Stelle.

Eine Lande schwerer Einbrecher wurde in der Dirschstraße ermittelt und festgenommen. Auf die Spur kam man ihr durch einen Einbruch in der Potsdamer Straße. Einer Sicherheitswache wurde gemeldet, daß dort Einbrecher bei einem Juwelier an der „Arbeit“ seien. Als die Wache kam, verschwand der Einbrecher. Einen von ihnen ermittelte die Wache noch auf der Potsdamer Straße. Er hatte einen Kasten mit gestohlenen Juwelen bei sich. Aus Aufzeichnungen, die man bei ihm fand, ergab sich, daß er in einem Hotel in der Dirschstraße wohnte. Dort fand die Kriminalpolizei bei einer Durchsuchung denn auch seine vier Helferkollegen und deren Werkzeuge, auch noch allehand Goldsachen aus Einbrüchen. Beim Verhör der Verhafteten ergab sich, daß zwei von ihnen sich wiederholt gerührt hatten, sie hätten einen Matrosen erschossen. Nach diesen Aussagen hatten die beiden in der Nähe des Schlosses, etwa acht Tage nach Ausbruch der Revolution, einen Einbruch in ein Seidenwarengeschäft verübt. Auf der Straße wurden sie mit ihrer Beute von zwei herbeigelaufenen Matrosen angehalten. Diese forschten sie auf, vor den Pferden

der nach der Wache zu gehen. Als ein Pferd schaute, kam einer der Verhafteten hinter die Patronen, schob auf einen der Matrosen und trat ihn so schwer, daß er tot vom Pferde fiel. Kurz nach ihrer Verhaftung wurden die beiden Einbrecher, wie sie behaupten, damals wieder entlassen. Zeugen dieses Vorganges, die bisher nicht ermittelt werden konnten, werden gesucht, sich im Zimmer 22a des Berliner Polizeipräsidiums zu melden. Vielleicht handelt es sich um den erschossenen Matrosen, der zunächst unbekannt auf dem Friedhof im Friedrichshain beerdigt und erst nachträglich feierlich bestattet wurde.

Festnahme eines Schwindlers. Die in den Umsturztagen herrschenden unklaren Verhältnisse hat ein bereits mehrfach vorbestrafter Schwindler, der fahnenflüchtige Grenadier Neubauer, vom Erz-Doll. Gren.-Regt. 100 in Dresden, dazu benutzt, um groß angelegte Betrugsmanöver ins Werk zu setzen. Neubauer verhoffte sich, indem er sich als Oberleutnant und Dr. phil. ausgab, die Stelle eines Leiters der außerpolitischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums. Nachdem er als solcher mit dem nötigen amtlichen Ausweise versehen war, gelang es ihm, Anschluß an vermögendere Kreise zu finden. Unter dem Vorgeben, daß er als Leiter einer amtlichen Organisation mit den höchsten Behörden Verbindung habe, erbot er sich gegen Zahlung größerer Geldbeträge seine guten Beziehungen zum Nutzen der Geldgeber auszunutzen. Die Kriminalabteilung des Charlottenburger Sicherheitsdienstes forschte zur Zeit nach, welcher Art „die Gefälligkeiten“, zu deren Leistungen er sich erboten hatte, waren. Die Verhaftung dieses Schwindlers erfolgte in Charlottenburg, als er einer leitenden Persönlichkeit des Charlottenburger Polizeipräsidiums einen größeren Geldbetrag angeboten hatte, um dafür eine gefehlbefreite Gegenleistung zu verlangen. Bei seiner Festnahme wurden ihm über 2500 Mark abgenommen.

Für 10 000 Mark Süßigkeiten erbeuteten Einbrecher in dem Konfitürengeschäft von Margarethe Behn in der Scharenstraße 2 zu Charlottenburg; nicht weniger als 1 1/2 Zentner Bonbons, 1/2 Zentner Kakaos, 120 Tafeln Schokoladen, ferner Margipantonschokolade und Bruchstücke usw. Von dem Täter und dem Verbleib der Waren fehlt noch jede Spur.

Wesens Schäden hat ein Brand angerichtet, der gestern früh in der Röhlfabrik von Armgemann in der Mantuffelstraße 22 zum Ausbruch kam. Die Feuerwehr hatte längere Zeit tüchtig zu tun, ehe sie Herr des Schadensers werden konnte.

Eine große öffentliche Kundgebung für den Rechtsfrieden findet am kommenden Sonntag im Opernhaus, um 12 Uhr mittags, statt. Redner sind: Dr. Bernhard Dernburg, Professor Walter Schilling und Dr. phil. Helene Städel. Besondere von der Deutschen Friedensgesellschaft, dem Deutschen Frauenausschuß für dauernden Frieden, dem Bund „Neues Vaterland“ und der Zentralstelle Väterrecht. Kartenvertrieb Sonntagabend von 6-7 Uhr im Kunkialon Paul Caffrey, Victoriastraße 88, sowie Sonntag am Opernhaus von 10 1/2 Uhr am zum Breite von 50 Pf.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 8. Dezember, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15/17, Reußlin, „Idealasino“, Wechselstraße 8, Oberhörsingstraße, Wilhelmshofstr. 48, bei O. Baum: Freireligiöse Vorlesung, 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Frau Krüger: „Antifeminismus in Philosophie und Literatur.“ Gäste willkommen.

Uns aller Welt.

Erdbeben.

Genf, 8. Dezember. Nach einer Beobachtung aus Sonago de Chile wurde ein Erdbeben im nördlichen Chile die Städte Copiapo und Valparaiso heim. Auch in anderen Orten wurden Vermüstungen angerichtet.

Bericht.

Der Rord an der Milchhändlerin Gehler vor den Geschworenen.

Fix mit seiner Anwaltstätigkeit ausgeführter Rord beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts III. Unter der Anklage des Rordes an der Milchhändlerin Klara Gehler aus der Brandenburgischen Straße 8 zu Wilmersdorf, ferner wegen gefährlicher Körperverletzung haben sich der 23jährige in Wilna geborene Arbeiter Alexander Wojciechowski und der 23jährige in Kallisch geborene Schlosser Josef Majewski vor den Geschworenen zu verantworten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Hesse, die Anklage wird von Staatsanwalt Simon vertreten, als Verteidiger der Angeklagten fungieren die Rechtsanwälte Dr. Esch und Feig. — Der Angeklagte Wojciechowski kam im Jahre 1917 aus Wilna nach Berlin, wurde zunächst in dem Gefangenenlager Havelberg interniert und dann zur Arbeit bei dem Installateur Müller in Schöneberg beurlaubt. Er war ein fleißiger und geschickter Arbeiter und verdiente über 100 Mark wöchentlich. Majewski lebt schon seit 1915 in Deutschland und arbeitete zuletzt in Mariendorf als Hilfskloster. Da Wojciechowski wiederholt für seinen Arbeitgeber Müller in dem Hause Brandenburgische Straße 8 gearbeitet hatte, so war offenbar von ihm der Plan ausgegangen, die Frau Klara Gehler, die in diesem Hause ein Milchgeschäft betrieb, zu ermorden und zu berauben. Dieser Plan wurde mit allen Einzelheiten vorher ausgearbeitet und auch das Werkzeug, welches später zu der Tat benutzt wurde, fertiggestellt. Sie flüchteten zu diesem Zwecke aus einer Jalousiehaube sopsartig einen Strich zusammen, den sie am Ende sogar mit je einer Schlinge zum Anpacken versehen. Außerdem brachte W. auch noch einen in Zeitungspapier eingewickelten, schwarzgeladenen Revolver in seine äußere Jackettasche. Ihren Plan, die Frau G. unter dem Vorgeben einer notwendigen Reparatur an der Wasserleitung in die hinteren Räume zu locken und sie dort zu erdrosseln, setzten die Angeklagten am Abend des 2. September d. J. in die Tat um. Frau G., welche den W. als Arbeiter des Müllers kannte, ließ ihre beiden Kinder ohne Arg in die Küche und ging dann wieder in den Laden, um Kunden zu bedienen. Eine Frau Anna Witz teilte sie mit, daß sie in der Küche zwei Kuffen hätte und bot sie, ein Weibchen in dem Laden zu bleiben. Während sich die Frau W. vorn im Laden mit einem hinzugekommenen Kunden unterhielt, spielte sich in den hinteren Räumen ein grauenvolles Verbrechen ab. Als Frau G. ahnungslos die Küche betrat, warteten ihr die beiden Verbrecher blitzschnell den schon bereitgehaltenen Strich um den Hals und zogen ihn fest zu. So dak wie die Leichendeffnung ergab, der Tod auf der Stelle eingetreten sein mußte. Die beiden Mörder kamen jedoch nicht mehr dazu, den beschäftigten Rord auszuführen, da zufällig der Schwager der Ermordeten, der Schlosser Meiber, den Laden betrat. Als er nach hinten ging, fand er hier keine Schwägerin ersicht auf dem Boden liegend und sah gerade noch, wie die beiden Angeklagten aus dem Fenster sprangen. Er verfolgte den W. und halte ihn noch in der Brandenburgischen Straße ein. Es kam zu einem wütenden Kampf, plötzlich sprang Majewski hinzu und verfehlte dem R. mit einem Hammer einen wichtigen Schlag über den Kopf, so daß R. sofort bewußtlos zusammenbrach. Die Verfolgung der beiden Mörder wurde aber von Passanten sofort aufgenommen. Wojciechowski wurde am Hohenzollernbamm von dem Bankbeamten Alfred Rußner überwältigt, Majewski noch in derselben Nacht ermittelt und festgenommen. — In dem Vorverfahren waren beide Angeklagten gehändigt gewesen, die Tat vorher geplant zu haben. — Zu der heutigen Verhandlung ist, da die Angeklagten der deutschen Sprache nicht besonders mächtig sind, Rechtsanwält Dr. Jurewski als Dolmetscher geladen. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte des Rordes schuldig, woraufhin das Gericht beide zum Tode verurteilte.

„Die Freiheit“

ist das Blatt der Arbeiterklasse. Jeder Arbeiter hat die Pflicht, sein Blatt zu lesen.

„Die Freiheit“

ist das Organ der internationalen Verständigung des Proletariats.

Wer Völkerrfreiheit und Frieden will, lese

„Die Freiheit“

„Die Freiheit“ erscheint täglich zweimalig. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2.— M. nach außerhalb 4.— M.

Bestellungen nehmen entgegen:

- | | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Centrum:
Grünstr. 21: Neumann. | Süden:
Dresdener Str. 24: Max Jordan;
Doppstr. 1: Plänke;
Stallschreiberstr. 47: Gustav Baum;
Görlitzer Str. 92: Gierschner. | Schöneberg:
Görlitzer Str. 92: Gierschner.
Trepptow:
Plessenstr. 6: Brall.
Weihensee:
Gustav-Adolf-Str. 24a: Geister. |
| Norden:
Utrechter Str. 28: Max Böttcher;
Soldiner Str. 34: Fritz Gliesche;
Schulstr. 69: Hübner;
Ufedorfstr. 18: A. Hendel;
Zionskirchplatz 5: A. Kurzrod;
Bornholmer Str. 86: P. Lachmann;
Kameruner Str. 52: Otto Maack;
Genter Str. 28: Fritz News;
Canianstr. 19: Otto Sieder;
Kamerstr. 35: Paul Sieh;
Wiesenstr. 31: Rudolf Wolsch. | Westen:
Solmsstr. 4: J. Nordgien.
Steinmehstr. 28: Otto Döring;
Kronenstr. 2: Walter. | Reinickendorf-Ost:
Amendestr. 79, Eing. Sahnhstr.: Behnke.
Charlottenbu.:
Kaiserin-Augusta-Allee 6: Köhnke;
Königin-Elisabeth-Str. 6b: Friedrich Stern-
lifer;
Wallstr. 68: Oswald Lorenz. |
| Nordwesten:
Wittstocker Str. 19: G. Köhler;
Lübecker Str. 48: Thornsiefer. | Westen:
Steinmehstr. 28: Otto Döring;
Kronenstr. 2: Walter. | Reinickendorf-West:
Kaiserin-Augusta-Allee 6: Köhnke;
Königin-Elisabeth-Str. 6b: Friedrich Stern-
lifer;
Wallstr. 68: Oswald Lorenz. |
| Nordosten:
Landsberger Str. 97: Zinke;
Barnim- und Georgenkräft. Gde (Laden):
Gallas. | Pankow:
Mühlenstr. 71: Gerede;
Florastr. 25: Herbst. | Reinickendorf-West:
Kaiserin-Augusta-Allee 6: Köhnke;
Königin-Elisabeth-Str. 6b: Friedrich Stern-
lifer;
Wallstr. 68: Oswald Lorenz. |
| Osten:
Grüner Weg 18: Walter Paul;
Liebigstr. 10: Otto Lehmann. | Niederschönhausen:
Mühlenstr. 71: Gerede;
Vodviskiestr. 37: Meische. | Reinickendorf-West:
Kaiserin-Augusta-Allee 6: Köhnke;
Königin-Elisabeth-Str. 6b: Friedrich Stern-
lifer;
Wallstr. 68: Oswald Lorenz. |
| Südosten:
Muskauer Str. 31: Reinhold Sinner;
Reichenberger Str. 142: Kunze. | Steglitz:
Albrechtstr. 6: Raud.
Tempelhof:
Oberlandstr. 2: Böttcher;
Friedrich-Wilhelm-Str. 80: Bartsch. | Reinickendorf-West:
Kaiserin-Augusta-Allee 6: Köhnke;
Königin-Elisabeth-Str. 6b: Friedrich Stern-
lifer;
Wallstr. 68: Oswald Lorenz. |

In allen obengenannten Stellen werden Botenfrauen eingestellt. Die Expedition.